



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingsession des Nationalrates:

Sessionsabbruch – ein seltenes Ereignis

Thürnen, 29. März 2020

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Das war eine Erfahrung, die ich uns gerne erspart hätte: Wegen der Corona-Krise wurde die Session nach 2 Wochen abgebrochen. Faktisch sind wir derzeit ohne Parlament. Die Krise hat uns alle erschüttert und die Folgen sind für alle Menschen im Land gravierend. Es ist klar, dass deshalb auch mein Sessionsbericht ein anderer ist als sonst.

Der Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit machen in diesen schwierigen Tagen eine gute Arbeit. Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung wahr, sie muss schwere Fragen abwägen und sie entscheidet zu Gunsten der Menschen – auch wenn der wirtschaftliche Preis hoch ist. Menschenleben müssen aber voran gehen.

Wir müssen die anstehenden Geschäfte bewältigen und auch die geplante Sondersession im Mai muss nun geplant werden – ich bin froh, dass wir diese machen und so auch zeigen, dass wir uns als direkte Demokratie nicht unterkriegen lassen von der Corona-Krise.

Die Kommissionsarbeit steht derzeit zwar auch still, aber ich weiss, dass die Parlamentsdienste mit Hochdruck an geeigneten Lösungen arbeiten. Es würde mich nicht wundern, wenn nun ein massiver Digitalisierungsschub dafür sorgen würde, dass wir uns von so einem Virus nicht mehr bremsen lassen müssen, künftig.

Die aktuelle Situation hat uns allen vor Augen gehalten, dass wir in der Vergangenheit Fehler gemacht haben. Wir haben viel zu leichtfertig durch den Druck auf die Medikamentenpreise dazu beigetragen, dass die pharmazeutische Produktion und Forschung ins Ausland verlagert wurde. Dies müssen wir nun überdenken. Ich werde mich dahinterklemmen und habe auch schon einige Fragen bereit. Wir brauchen eine sichere Grundversorgung im medizinischen Bereich. Das sollten wir sicherstellen. Die Abhängigkeiten, die wir heute haben, sind für mich nicht zukunftsweisend.

Ich möchte gerne auch noch über ein paar Sachgeschäfte berichten, die wir vorangebracht haben, in den ersten zwei Sessionswochen.

Doppelspur im Laufental – die Situation spitzt sich zu (20.3016)

Die Laufentaler Gemeinden unternehmen grosse Anstrengungen, um Wohnraum und neue Arbeitsplätze zu schaffen. 2021 hätte die SBB-Doppelspur gebaut sein sollen. Und nun wird die Bevölkerung einmal mehr vertröstet. Erst 2025 soll der Ausbau beendet sein. Und es kommt noch schlimmer: Während der Bauphase ist mit temporären Totalsperrungen der Bahnlinie und Busersatz zu rechnen.

Vom Bundesrat will ich deshalb wissen, wer die Verantwortung für diese Versäumnisse trägt, wie Bund und SBB darauf zu reagieren gedenken, ob eine Totalsperrung vermieden werden kann und ob der neue Termin dann auch wirklich eingehalten wird. Mit einer Antwort dürfen wir im Juni während der Sommersession rechnen. Ich ärgere mich und kann nicht nachvollziehen, wie so etwas passieren konnte.

Tiefere Konsumentenpreise dank Fairpreis-Initiative? (19.037)

Den Frust über zu hohe Preise von Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch der KMU, kann ich nachvollziehen: Produkte kosten im Ausland oft deutlich weniger. Die Fairpreis-Initiative macht sich diesen Unmut zu Nutze und hat an der Urne deshalb gute Chancen.

Fakt ist, dass Preise nicht so wichtig sind, wie die Kaufkraft. Ich gebe ein einfaches Beispiel: Die Entlohnung und die Mieten in der Migros sind doppelt so hoch, wenn nicht höher, als im deutschen oder elsässischen Raum. Diese werden auf die Produkte umgelegt, denn die Menschen in der Schweiz verdienen auch mehr. Anders sieht es bei Produkten aus dem Internet aus. Es macht keinen Sinn, dass ein polnisches Unternehmen aus Polen herausoperiert und nur deshalb bei Schweizern doppelt so viel verlangt, weil sie in der Schweiz sind.

Der Nationalrat versucht nun mit einem Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe das Thema anzugehen. Dies lässt sich technologisch machen und es braucht kriminelle Energie, diese Regeln zu umgehen. Ich glaube, dieser Ansatz ist ein Schritt in die richtige Richtung im Kampf gegen den Missbrauch.

Hindernisse für Digitalisierung beseitigen (20.3020)

Im August 2018, vor anderthalb Jahren also, beschloss der Bundesrat, Hürden für digitale Geschäftsmodelle abzubauen und die Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft zu verbessern. Seither ist aber nichts passiert. Mit meiner Interpellation will ich deshalb von der Landesregierung wissen, warum es in dieser Sache nicht vorwärts geht und wo das Dossier hängengeblieben ist. Mich interessiert zudem, ob ein Zeitplan existiert, wann die Ergebnisse der Überprüfung publiziert werden und wann das Parlament Vorschläge für entsprechende Gesetzesänderungen erwarten darf. Auch hier dürfen wir während der Sommersession eine Antwort erwarten. Aus meiner Sicht wäre eine raschere Gangart gerade heute vor dem Hintergrund der Corona Krise nützlich gewesen... Aber es lohnt sich nicht, verpassten Chancen nachzutauern.

Fragestunde: Sonntagsverkauf auch für Dienstleister (20.5031)

Das Arbeitsgesetz des Bundes lässt den Kantonen Spielraum bei der Ausgestaltung von Sonntagsverkäufen. Allerdings ist die Wegleitung des Bundes aus meiner Sicht zu wenig eindeutig. Stossend ist auch, dass die Kantone die Vorgaben des Bundes unterschiedlich handhaben. Im Kanton Baselland zum Beispiel dürfen reine Verkaufsgeschäfte die Sonntagsverkäufe ohne zusätzliche Bewilligung nutzen. Dienstleistungsbetriebe wie Coiffeure, Banken oder Reisebüros sind hingegen ausgeschlossen. Auch der Velohändler bewegt sich in einer Grauzone, darf er doch an solchen Tagen Velos verkaufen, aber nicht reparieren.

Vom Bundesrat wollte ich wissen, ob die Wegleitung des Bundes präziser abgefasst werden könnte und bekam keine befriedigende Antwort. Deshalb werde ich einen Vorstoss einreichen. Die Gewerbefreiheit sollte nicht willkürlich eingeschränkt sein.

Überbrückungsleistungen: (17.043)

Dass eine Mehrheit der FDP-Fraktion die Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose unterstützt, wurde vielfach kritisiert – vor allem deshalb, weil die Argumente nicht verstanden wurden. Arbeitnehmende über 55 Jahre sind zum Glück überdurchschnittlich erwerbstätig. Erwiesen ist aber auch, dass zahlreiche «Ü55» Mühe haben, einen neuen Job zu finden. Deshalb braucht es eine Lösung. Im Fokus stehen Leute aus einfachen Verhältnissen, der Fokus ist eng gefasst. Die FDP will damit betroffenen Menschen in erster Linie helfen, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Der Appell geht insbesondere an die Wirtschaft. Das Geschäft konnte leider noch nicht zu Ende beraten werden.

Geldwäschereigesetz (19.044)

Die Vorlage zur Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung ging zu weit. Nicht angezweifelt wird die bestehende Sorgfaltspflicht bei der Gründung, Führung, Verwaltung sowie beim Kauf und Verkauf von Sitzgesellschaften und Trusts. Mit dem sogenannten Swiss Finish wäre aber schon ein reines Beratungsgespräch am Telefon nicht mehr möglich gewesen – diese gut gemeinte Regulierung ist schlecht gemacht, ja gar kontraproduktiv.

Ich plädierte in der Konsequenz für «Nichteintreten» und eine Mehrheit des Nationalrats folgte dieser Empfehlung, was ich als persönlichen Erfolg nicht zuletzt für unsere Branche werten darf. Erfolgreiche Überzeugungsarbeit und inhaltlich gute Argumente haben sich für mich einmal mehr bezahlt gemacht. Nun ist der Ständerat am Zug.

Einige Vorlagen, unter ihnen auch die Totalrevision des CO₂-Gesetzes (17.071), werden nun auf die Sommersession verschoben.

Ich bin in diesen Tagen zuhause und ich empfehle auch ihnen zuhause zu bleiben. Ich nutze die Zeit um die Anliegen meiner Mitmenschen und der KMU aufzunehmen und wo möglich zu helfen – mit Kontakten in der Verwaltung oder direkten Informationen. Ich bin froh, bin ich hier so gut vernetzt. Das zahlt sich nun aus. Wir müssen in diesen schwierigen Zeiten zusammenhalten. Es braucht schnelle und wirkungsvolle Hilfe für unsere Firmen, damit die Arbeitsplätze erhalten werden können – denn die Zeit nach der Corona Krise kommt bestimmt und dafür müssen wir uns nun vorbereiten.

Für uns alle hoffe ich, dass mit den wärmeren Temperaturen die Ansteckungsgefahr sinkt und sich unser Leben wieder normalisiert. Wir werden Lehren aus dieser Krise ziehen, hoffen wir, dass unsere Massnahmen dazu beitragen, dass wir den wirtschaftlichen Schaden so rasch als möglich überwinden. Ich bin überzeugt, dass wir das gemeinsam packen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und bleiben Sie gesund.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch